



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 836 390

P/XVII/93 - 2. Mai 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a	<u>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung!</u> Eine Lehre aus dem Preiskonflikt in der Automobilindustrie	43
1a	<u>Ehrenbürger Berlins</u> Zum Abschied von General Clay	22
2 - 3	<u>Gefährdeter Ausgleich des Bundeshaushalts ?</u> Zweckbestimmte pessimistische Prognosen Von unserem finanzpolitischen Mitarbeiter	81
4 - 5	<u>Wird im Saarbergbau gestreikt ?</u> IG Bergbau und Energie stellte die Weichen zum Kampf	60
6 - 7	<u>Regierung Karamanlis in Verlegenheit</u> NATO-Tagung im Schatten innenpolitischer Unruhe Von Dr. Basil Mathiopoulos	62

\* \* \*  
\* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel

### Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung!

#### „Eine Lehre aus dem Preiskonflikt in der Automobilindustrie

sp - Im Augenblick ist es noch nicht ganz klar, welche Massnahmen die Bundesregierung ergreifen wird oder kann, um mit dem Preisproblem auf dem Automobilmarkt fertig zu werden. Unabhängig davon jedoch, welches die Entscheidung der Bundesregierung sein wird, ergibt sich aus der jetzt entstandenen Situation die Verpflichtung, über einige Grundfragen unserer Wirtschaft nachzudenken, die bis heute noch nicht bis zur letzten Konsequenz erörtert wurden.

Die Preisbewegung, die auch nach den beschwörenden Hilferufen Professor Erhards in Gang geraten ist, und die keineswegs ausschliesslich vom Lohn her gesehen werden kann, ist ein Musterbeispiel dafür, dass die moderne Industriegesellschaft - auch in Zeiten guter Konjunktur - ohne eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nicht auskommen kann.

Die Sozialdemokratie fordert seit Jahren die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung als ein Instrument, mit dessen Hilfe, von bestimmten und errechneten Tatbeständen ausgehend, die privatwirtschaftlichen, aber auch die gemeinwirtschaftlichen Aufgaben der modernen Industriegesellschaft fach- und sachgerecht bewältigt werden können. Wir wissen, dass "die Wirtschaft" nicht ein im luftleeren Raum des modernen Staatswesens schwebendes Etwas ist. Die Wirtschaft soll dem Menschen dienen; das ist u.a. auch der Leitgedanke der Denkschrift der Evangelischen Kirche zu den Problemen der Eigentumbildung.

Nun haben bis zum heutigen Tage Professor Erhard und seine politischen Freunde, aber auch die den Bundeswirtschaftsminister stützenden Kräfte in der Wirtschaft stets behauptet, eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung würde die Freiheit erdrosseln und könnte zur Übermacht des Staates in der Wirtschaft führen. Unebenheiten und Auswüchse in der freien Wirtschaft wurden zwar nicht bestritten, man sagte jedoch, sie pendelten sich von selbst aus.

Die jüngsten Vorgänge in der deutschen Wirtschaft zeigen sehr deutlich, dass sich offenbar nichts von selbst auspendelt. Immer noch

2. Mai 1962

scheinen Kräfte die Oberhand zu haben, die der Meinung sind, Detailmassnahmen genügten, um an diesem oder jenem Punkt einer falschen Entwicklung Korrekturen mit Aussicht auf Erfolg durchführen zu können. Man verzichtet nach wie vor auf den Gesamtüberblick und begnügt sich mit Appellen.

Wir meinen, dass die Lösung des Problems in der Mitte liegt. Sie heisst: **N i c h t** mechanische Lenkung, aber Anpassung des für die **G e s a m t h e i t** Notwendigen an das volkswirtschaftlich **K ö g l i c h e**. Um aber das tun zu können, wird man von einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgehen müssen, die nach unserer Auffassung sehr gut die freiwillig von **a l l e n** anerkannte Grundlage für Massnahmen zur Überwindung wirtschaftlicher Schwierigkeiten sein könnte.

+ + +

#### Ehrenbürger Berlins

sp - Es hat viele Gerüchte über die Motive der Abberufung General Clays als Sonderbeauftragter Präsident Kennedys für Westberlin gegeben. Der Phantasie waren keine Grenzen gesetzt, manche Gazetten wussten sogar von schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Clay und der Umgebung Kennedys zu berichten, die zu seiner Abberufung geführt haben sollen. Die Haltlosigkeit dieser Gerüchte stellte sich bald heraus. Das Scheiden Clays aus Berlin bedeutet keine Änderung der amerikanischen Berlinpolitik. Clay steht dem USA-Präsidenten weiterhin als Berater in Berlinfragen zur Verfügung, und sollte die gegenwärtige Beruhigung durch eine neue, Westberlin gefährdende Aktivität Ulbrichts abgelöst werden, wird Clay auf seinen Posten wieder zurückkehren. In acht Stunden kann er wieder in Berlin sein ...

Die Hochachtung und das Vertrauen, das sich der scheidende amerikanische General erwarb, fand in der Verleihung der Ehrenbürgerschaft Westberlins bewegenden Ausdruck. Die Berliner besitzen in diesem Mann einen Freund, der seine Zuverlässigkeit und Treue in dunklen Stunden bewiesen hat und der mit der Gewissheit in die Vereinigten Staaten zurückkehrt, sich auch auf die Berliner jederzeit verlassen zu können. Clay wird in Washington in den kommenden Wochen und Monaten nützlicher für Berlin tätig sein können, als wenn er noch in Berlin selbst wäre. Die Berliner wissen ihre Sache in guten Händen, sie haben in Clay einen mächtigen Fürsprecher, dessen Wort und Rat gilt.

+ + +

## Gefährdeter Ausgleich des Bundeshaushalts?

Von unserem finanzpolitischen Mitarbeiter

Der Bundesfinanzminister hat zum Abschluss der dritten Beratung im Bundestag mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass der Bundeshaushalt 1962 keine Reserven enthalte. Diese "Platte" ist nicht neu; sie ist von seinen Vorgängern noch in jedem Jahr vorgespielt worden, ohne dass die "Melodie" dadurch glaubhafter wurde. Auch nicht in diesem Jahr. Sicher ist richtig, dass der Haushaltsausschuss des Bundestages bei der diesjährigen Haushaltsberatung einige "Pölsterchen" beseitigt hat, mehr aber auch nicht. Schon der geringe Widerstand, den die Ressorts den Kürzungsbegehren des Haushaltsausschusses entgegengesetzt haben - erstaunlicherweise sind die einzelnen Kürzungsvorschläge zum grossen Teil von den Ressorts selbst, wenn auch unter gelindem Druck inspiriert worden - lässt vermuten, dass sich kein Ressort hierbei bis aufs Hemd ausgezogen hat. Es bedarf daher keiner allzu prophetischen Gaben, um vorherzusagen, dass auch der Bundeshaushalt 1962 sich in der Ausführung gesünder erweisen wird, als er jetzt von Regierungsseite bezeichnet wird.

## Heraufbeschworenes Defizitgespenst

Auch das Defizitgespenst, das Abgeordneter Dr. Vogel mit beredten Worten im Namen der CDU hinsichtlich der diesjährigen Steuereinnahmen beschwor, dürfte sich im Laufe des Jahres in Wohlgefallen auflösen. Der Hinweis von Dr. Vogel, dass das Steueraufkommen im ersten Vierteljahr um 1,4 vH hinter den Schätzungen zurückgeblieben ist, besagt nicht viel. In seinen Finanzstatistiken weist nämlich das Bundesfinanzministerium immer wieder darauf hin, dass man das Istaufkommen eines bestimmten Zeitraumes nicht mit dem entsprechenden mathematischen Anteil des Jahresolls vergleichen kann.

Der unterschiedliche Rhythmus des Steueraufkommens eignet sich denkbar schlecht zu mathematischen Vergleichen. Bekanntlich fliessen in den ersten 3 Monaten im Durchschnitt nicht mehr als 22 - 24 vH des Jahresaufkommens in die Steuerkassen. Mit grösserer Genauigkeit lassen sich Durchschnittszahlen wegen des in jedem Jahr abweichenden Aufkommensrhythmus, der von vielen Faktoren abhängig ist, nicht ermitteln. Legt man aber diesen langjährigen Erfahrungssatz von 22 - 24 vH für den Vergleich zugrunde, so kann man feststellen, dass das Steueraufkommen im ersten Vierteljahr die Schätzungszahlen des Bundeshaushaltes eher bestätigen als bezweifeln lassen. Es besteht auf jeden Fall kein Anlass, die Alarmglocke zu ziehen, wie Dr. Vogel als CDU-Sprecher es getan hat. Offenbar wollte sich die Regierungskoalition nur einen glaubhafter Abgang verschaffen, um die strikte Ablehnung aller wohlbegründeten und massvollen Anträge der SPD zur Haushaltsberatung der Öffentlichkeit gegenüber zu motivieren. Dieses Ablenkungsmanöver ist aber missglückt.

### Zu besonderer Sorge kein Anlass

Auch sonst besteht kein Anlass, mit besonderer Sorge auf den Bundeshaushalt 1962 zu schauen. Der weitere Haushaltsablauf wird zeigen, dass sich die Prognosen nicht so pessimistisch erweisen, wie sie von der Bundesregierung hingestellt worden sind. Immerhin ist bereits ein Drittel des Haushaltsjahres herum und es war noch nicht notwendig, an den Kapitalmarkt heranzutreten. Der Bund verfügt immer noch über ausreichende Betriebsmittel, um die ausserordentlichen Ausgaben zu bestreiten, die im gleichen Zeitraum 600 Millionen DM (des anteilmässigen Jahressolls von 1800 Millionen DM) betragen.

Sofern der Bundesfinanzminister seine Ankündigungen wahr macht und Zustimmungen für Über- und ausserplanmässige Ausgaben nur dann gibt, wenn die Voraussetzungen tatsächlich unabweisbar sind, dürfte keine Gefahr für den Haushaltsausgleich bestehen. Die Haushaltsrechnungen der früheren Jahre zeigen sehr deutlich, dass noch in jedem Bundeshaushalt (auch ohne Mehreinnahmen) soviel Reserven vorhanden waren, um Mehrausgaben in einer Grössenordnung von mindestens einer Milliarde DM zu leisten. Die Ausführung des Haushalts wird daher auch in diesem Jahr noch weitere Reserven blosslegen.

Allerdings ist festzustellen, dass die Bundesregierung noch einige Probleme ungelöst vor sich herschiebt, z.B. die Forderungen der Bediensteten im öffentlichen Dienst nach Verbesserung ihrer Bezüge. Aber auch Massnahmen für die Sozialrentner und Kriegssopfer sind erforderlich. Dr. Möller (SPD) hat vor dem Bundestag den Standpunkt seiner Partei zu diesen Fragen klargelegt und hierbei die von der Bundesregierung zur Ablehnung dieser Forderungen gegebenen Gründe kritisiert und zurückgewiesen.

### Notwendig: Gerechte Verteilung der Finanzmasse

Dass diese Probleme lösbar sind, hat Alex Möller eindeutig nachgewiesen. So müssten die Regierungsparteien endlich beginnen, von ihren "Tabus" abzugehen. Ausserdem sei unsere finanzpolitische Situation in der Bundesrepublik nicht ungünstig; die gesamten Steuereinnahmen überstiegen das Haushaltssoll von Bund und Ländern sowohl im abgelaufenen Jahr und wohl auch noch im ersten Quartal dieses Jahres. Was not tut, ist eine baldige Abstimmung der Deckungsbedürfnisse zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, sowie eine gerechte Verteilung der Finanzmasse. Die Initiative hierzu liegt beim Bund. Die erforderlichen Massnahmen dürfen nicht länger hinausgezögert werden. Die Probleme werden sich umso schneller und leichter lösen lassen, je eher sich die Bundesregierung zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Opposition und mit den Ländern bereit findet.

+ + +

### Wird im Saarbergbau gestreikt?

In Bochum, Saarbrücken und Hamburg tagen heute die Vorstände der im Saarbergbau vertretenen, und in diesem Arbeitskampf zu einer Aktionsgemeinschaft vereinten Gewerkschaften "Bergbau und Energie", Gewerkschaft christlicher Saarbergleute und der Handels- und Industrieangestellten. Sie werden entscheiden, ob und wann es zu einem Streik im Saarbergbau kommt; aber auch dem Einwand des Unternehmensverbandes Saarbergbau entgegentreten, der die Urabstimmung als nicht geheim und somit undemokratisch bezeichnete, und damit den Arbeitskampf auf die juristische Ebene abzuschieben sucht.

Mit seinem - wie der Unternehmensverband Saarbergbau bestätigte - letzten Angebot von rd. 3 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung hat der Unternehmensverband die seit Februar laufenden Tarifverhandlungen platzlassen und damit die Saarbergleute an die Urabstimmungsurnen der Gewerkschaften gebracht. Mit 87 Prozent entschieden sich die Arbeitnehmer im Saarbergbau am vergangenen Freitag für die Einleitung von Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung ihrer Forderungen.

Zwar hat der 1. Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Heinrich Gutermuth, noch einen Tag vor der Urabstimmung auf einer grossen Revierkonferenz in Sulzbach (Saar) zu erkennen gegeben, dass seine Gewerkschaft auch jetzt noch zu Verhandlungen bereit ist, wenn ein "anständiges Angebot" vorgelegt wird, jedoch kommt seine Entschlossenheit zum Streik nicht weniger deutlich dadurch zum Ausdruck: "Wenn wir A sagen, dann sagen wir auch B." Das sagte er unter dem grossen Beifall der über 1500 Bergarbeiterfunktionäre, die sich in Sulzbach versammelt hatten, um von ihrer Gewerkschaft einen Bericht zur Lage entgegenzunehmen.

Die Lage ist in wenigen Sätzen geschildert: Der Saarbergmann steht seit Monaten nur noch an der 11. Stelle der Lohnskala. Seit zwei Jahren gab es im Saarbergbau keine echte Lohnbewegung mehr, weil man den Saarbergwerken Gelegenheit zur Anpassung an die veränderten Marktverhältnisse geben wollte.

Von der Spitzenstellung des Bergmanns kann also beim besten Willen nicht mehr die Rede sein. (Das gleiche gilt auch für die Lohnsituation an der Ruhr). Seit 1959 haben schon über 9000 Saarbergleute aus dieser Nachlage ihre Konsequenzen gezogen und den Bergbau aus eigenem Willen verlassen. Dieser Abstimmung durch Abwanderung folgte jetzt die Urabstimmung mit dem Stimmzettel, mit der die grosse Mehrheit der Arbeitnehmer ebenfalls ihre berechnigte Unzufriedenheit zum Ausdruck brachte.

Deshalb vermochten auch jene Flugblätter des Unternehmensverbandes Saarbergbau den Kumpel nicht zu beeindruckern, mit denen versucht wurde, die Urabstimmung zu beeinflussen. Die Saarbergleute wissen nämlich genau: Seit 1959 hat sich ihre Schichtleistung pro Mann um 32,1 Prozent erhöht. In dem gleichen Zeitraum zogen die Leistungslöhne nur um 9,1 Prozent an.

Die Forderungen der IG Bergbau und Energie, die sie notfalls mit Hilfe eines Streiks durchsetzen will, sind:

- \* Wiederherstellung der verlorengegangenen Spitzenstellung für die Untertagearbeiter;
- \* Gleichstellung der Verdienste der Übertagearbeiter mit den Beschäftigten vergleichbarer Industrien.

Mit den vom Unternehmensverband Saarbergbau angebotenen rd. 3 Prozent sind diese Forderungen bei weitem noch nicht erfüllt. Für einen Arbeitstag kären dann in den verschiedenen Lohngruppen Erhöhungen von 26 bis maximal 40 Pfennig heraus. Die IG Bergbau und Energie bezeichnete dieses Angebot als eine Provokation, die sie sich nicht bieten lassen werde. Mit der Urabstimmung hat sie den von den Unternehmern geworfenen Fehdehandschuh aufgenommen. Dazu Heinrich Gutermuth in Sulzbach: "Wir haben diesen Kampf nicht gewollt. Er wurde uns von den Unternehmern aufgezwungen und wir werden ihn bis zur letzten Konsequenz führen."

Vg.

+ + +

## Regierung Karamanlis in Verlegenheit

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Zwischen dem dritten und sechsten Mai findet in Athen die Frühjahrskonferenz des NATO-Ministerrats statt. In diesem Zusammenhang sind in den westlichen Hauptstädten Befürchtungen zu hören, die die derzeitigen innenpolitischen Verhältnisse in Griechenland in Parallele setzen zu den innertürkischen Vorgängen vor der NATO-Tagung 1960 in Konstantinopel. Damals begannen in der Türkei jene Demonstrationen, die schliesslich zum Sturz des Menderes-Regimes führten.

Was veranlasst zu diesem Vergleich? Die Demonstrationen auf Kreta und in Athen - am Karfreitag demonstrierten 200 000 Athener - zeigen mehr als alles andere, dass die politischen Gegensätze zwischen der bürgerlich-fortschrittlichen Zentrumsopposition und der rechtsradikalen Regierungspartei ERE unter Karamanlis sich unüberbrückbar vertieft haben und die seit den Oktoberwahlen angespannte Lage unaufhaltsam ihrem Höhepunkt zustrebt. Die Opposition betonte in aller Form, dass ihre Agitationen nicht im geringsten mit der NATO-Konferenz in Verbindung gebracht werden könnten. Diese Beteuerung ist über jeden Zweifel erhaben. Griechenland wurde im Frühjahr 1952 unter einer Zentrumsregierung Mitglied des Atlantischen Bündnisses. Die profiliertesten Oppositionspolitiker (Papandreou, Venizelos) galten als eindeutige Befürworter eines pro-westlichen innen- und aussenpolitischen Kurses.

Das Echo der Demonstrationen und das Ergebnis der Nachwahlen in Saloniki bedeuteten für die Regierung und ihre Partei einen schweren Prestigeverlust, der selbst in ihre eigenen Reihen nervöse Unruhe brachte. Um nicht zuletzt vor der NATO-Tagung diesen Eindruck aus verständlichen optischen Gründen abzuschwächen, verstieg sich die Regierungspresse zu der kläglichen Behauptung, die Unruhen seien zum grössten Teil von kommunistischen Störtruppen verursacht worden. Auch in anderer Hinsicht scheint man in den Mitteln nicht sehr wählerisch zu sein.

Eine Interpellation mehrerer Abgeordneter der Opposition brachte folgenden Tatbestand zutage: Am Vorabend der Karfreitagsdemonstration las



der Polizeipräsident den zuständigen Distriktkommissaren der Hauptstadt einige Dokumente vor, die eine Aufforderung der Zentrumsopposition an die Führung der kommunistischen Tarnorganisation EDA war, durch Stosstrupps die Demonstration zu unterstützen. Die interpellierenden Parlamentarier sprachen ganz offen von einer Verleumdung und forderten die Regierung zur Vorlage der ominösen Dokumente auf. Die stürmische Reaktion in der Öffentlichkeit auf diese "Dokumentenfälschungen" (ELEPTHERIA) zwang die Regierung bereits 24 Stunden später zu der Erklärung, es handle sich um ein Missverständnis... In Erklärungen des Staatssekretärs des Inneren, Davakis, und des Polizeipräsidenten Karametsos wurde der Zentrumsopposition bescheinigt, dass sie nicht der Zusammenarbeit mit den Kommunisten verdächtigt werden kann.

Die Kommentare der Oppositionspresse sehen in der ganzen Angelegenheit einen Beweis für das mangelnde Selbstvertrauen der Regierung in die Zugkräftigkeit ihrer eigenen Maßnahmen. Es sei nicht ohne weiteres selbstverständlich, dass die Polizei mit Gewalt gegen loyale Staatsbürger vorgehe.

Die Führung der Opposition hat aus allem ihre Konsequenzen gezogen. In einem Aufruf wurden weitere Demonstrationen im ganzen Land angekündigt. Allerdings liess man durchblicken, dass man nach den letzten Erfahrungen die Taktik ändern werde. Ort und Zeitpunkt werden künftig erst in letzter Minute bekannt gemacht. Ob das Moment der Überraschung der Regierung angenehmer sein wird?

In politischen Kreisen Athens hat inzwischen die Privataudienz des ehemaligen Ministers und jetzigen Zentrumsabgeordneten und führenden Repräsentanten seiner Partei Georg Novas bei König Paul nicht wenig Aufsehen erregt. Über den Inhalt der Aussprache liess keine Seite etwas verlauten. Am gleichen Tag, dem 25. April, empfing König Paul den Ex-General und ehemaligen Botschafter Griechenlands in Belgrad, Tsakalotos, etwas später ebenfalls Ministerpräsident Karamanlis. Nach der gleichen Stimmen standen die innenpolitischen Verhältnisse bei den Gesprächen zur Diskussion.